



Interviews

16. November 2023

Danyal Bayaz im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Es könnte das Ende der Schattenhaushalte sein. Karlsruhe hat die Befüllung des Klimafonds der Bundesregierung mit 60 Milliarden Euro Schulden, die eigentlich zur Bekämpfung der Corona-Krise gedacht waren, für nichtig erklärt – mit einer Deutlichkeit, die die meisten Beobachter dann doch überrascht hat. Die Schuldenbremse ist damit scharfgestellt, und zwar so scharf, dass viele jetzt wieder nach einer Aufweichung der Schuldenbremse rufen. Einer von ihnen ist Danyal Bayaz, grüner Finanzminister von Baden-Württemberg. Er ist jetzt am Telefon. Guten Morgen, Herr Bayaz.

Danyal Bayaz: Schönen guten Morgen, Herr May.

May: Gibt es bei Ihnen keine schwäbische Hausfrau mehr, oder sind Sie Badener?

Bayaz: Ich bin tatsächlich Kurpfälzer und natürlich sind wir in Baden-Württemberg, egal aus welchem Landesteil wir kommen, für vorsichtige, für vorsorgende, für konservative Haushaltspolitik bekannt. Das ist auch richtig so, damit man in der Krise auch Geld hat. Aber ich finde das Bild der schwäbischen Hausfrau deswegen ein bisschen schräg, weil ein Staat nicht funktioniert wie eine private Familie. Ich denke immer an die schwäbische, von mir aus auch an die badische Unternehmerin. Die nimmt auch mal Geld in die Hand und investiert. Und ich finde, das Bild passt ein bisschen besser.

May: Aber was ist denn verkehrt am Prinzip, ich gebe nur das aus was ich einnehme? Das ist das Erfolgsrezept für jeden privaten Haushalt.

Bayaz: Ja, genau, und das ist auch richtig so, denn ein privater Haushalt kann ja in die Insolvenz, in die Überschuldung rutschen. Bei einem Staat ist es ja so: Wir haben Staatsschulden. Die Frage ist, sind sie tragfähig. Wenn zum Beispiel die Zinsen enorm hoch sind und das Wachstum ist sehr gering, dann wird es auf Dauer nicht gutgehen. Wenn man aber in der Lage ist, seine Zinsen zu tilgen aus dem Haushalt heraus, dann spricht auch nichts dagegen, Kredite aufzunehmen.

May: Und das, glauben Sie, das ist in Deutschland weiterhin der Fall? Auch hier steigen die Zinsen massiv an im Vergleich zu den Null-Zins-Jahren, wo man theoretisch Kredite sehr günstig hätte aufnehmen können. Das ist ja nicht mehr der Fall.

Bayaz: So ist es. Wir haben eine finanzpolitische Zeitenwende. Ich würde es mal so sagen, für alle politischen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, hatten wir vor der Pandemie zehn, wahrscheinlich 15 Jahre, wo Steuereinnahmen nur eine Richtung kannten. Jede Steuerschätzung hat neue Milliarden-Erträge generiert und politische Konflikte wurden mit Geld, ich sage es mal ein bisschen flapsig, einfach zugeschüttet. Jeder Finanzminister, egal welches Parteibuch, hat sich dafür gerühmt, die schwarze Null einzuhalten. Diese Zeiten sind

auf absehbare Zeit vorbei und jetzt reden wir mal nicht länger darum herum, sondern kommen zur aktuellen politischen Frage. Man hat ein Stück weit der Illusion erlegen zu sagen, man kann die Schuldenbremse einhalten, man dreht nicht an der Steuerschraube, man will trotzdem in die Zukunft investieren und das alles gleichzeitig und jetzt auch noch bei steigenden Zinsen. Das wird nicht funktionieren, denn jetzt ist es so, dass Schattenhaushalte und Trickserien vom Verfassungsgericht ein Riegel vorgeschoben wurde, und da müssen wir uns auch ein Stück weit ehrlichmachen. Die Schuldenbremse hat ihren ersten Stresstest, denn in guten Zeiten erfüllt sie, sage ich mal, jeder, egal welchen Kurs man in der Finanzpolitik führt. Jetzt ist sie zum ersten Mal stressgetestet und ich glaube, wir müssen uns überlegen, was das für die Zukunft bedeutet.

May: Und jetzt sagen Sie direkt, kann weg?

Bayaz: Nein, das sage ich definitiv nicht. Ich bin ganz klar dafür, dass die Schuldenbremse eine Errungenschaft ist. Sie ist eine Errungenschaft, denn wir wollen auch künftigen Generationen keine Schuldenberge übergeben. Deswegen ist sie auch richtig an der Stelle. Gleichzeitig – und da habe ich auch keine neue Position, sondern ich habe da vor fünf Jahren mit der Staatssekretärin Hajduk bei Robert Habeck im Ministerium einen Vorschlag gemacht zu sagen, wie können wir die Schuldenbremse so weiterentwickeln, dass wir Investitionen, und das ist das wichtige, Investitionen aus Kernhaushalten bewerkstelligen können. Das ist übrigens etwas, was viele, viele, viele Ökonominnen und Ökonomen in diesem Land genauso sehen, und ich finde, vielleicht ist jetzt mal der Zeitpunkt, wo man von den ideologischen Bäumen, auf die man hochgeklettert ist, auch wieder runterkommt und mit Experten, mit Juristen, mit Ökonomen sich zusammen überlegt, wie sieht eine Schuldenbremse aus, die Investitionen ermöglicht.

May: Aber Sie wissen ja, wie es mit den Ökonomen ist. Die einen sehen es so und die anderen sehen es anders. Lars Feld beispielsweise, auch Baden-Württemberger, der meint, man braucht es nicht, weil man könnte ja auch einfach mal anfangen, im Haushalt ernsthaft zu priorisieren. Wir wissen alle, welches der größte Posten im Haushalt ist. Das ist nichts, wo es um Investitionen geht. Das ist Arbeit und Soziales. Ihre Parteikollegin und Familienministerin Lisa Paus baut mit der Kindergrundsicherung für ein paar Milliarden gerade an einem, sagen wir es ruhig, bürokratischen Monster, das wirklich keinem Kind Hoffnung auf Besserung machen kann. Warum kommt man nicht jetzt einfach mal zu dem Schluss, man lässt Sachen weg, die in dieser Zeit nicht drin sind, um Spielräume für anderes zu schaffen? Warum funktioniert das nie in der Politik?

Bayaz: Herr May, lassen Sie mich zwei Sachen sagen. Erstens: Der geschätzte Kollege Feld, mit dem ich mich regelmäßig auch austausche, hat da eine sehr harte Meinung. Er ist auch so etwas wie ein Stück weit der Vater der Schuldenbremse. Er hat das mit erfunden, mit entwickelt. Da sind die Beharrungskräfte vielleicht auch ein bisschen anders. Ich kenne aber ganz viele andere Ökonomen, nehmen Sie Clemens Fuest, der ist jetzt auch nicht gerade für linke Umtriebe bekannt. Der hat sich gestern auch zu Wort gemeldet: Eine Netto-Investitionsregel. Das ist genauso etwas, was mir vorschwebt. Der ökonomische Diskurs ist anders, als es manchmal so einfach dargestellt wird. Jetzt zu Ihrer Frage: Das ist absolut

meine Position. Wir müssen priorisieren. Wir können auch nicht alles mit Staatsgeldern auch in der Transformation lösen. Gleichzeitig hat der Staat aber eine Verantwortung, in Infrastrukturen, in Innovation zu investieren. Wir müssen die Bundeswehr gut ausstatten. Was ist denn eigentlich mal, wenn das Sondervermögen aufgebraucht ist? Wir müssen das Zwei-Prozent-Ziel ja perspektivisch mittel- und langfristig einhalten. Und wir müssen auch andere Bereiche dieses Staates, denken wir an die Modernisierung des Staates, alles bewerkstelligen. Sparen ist immer richtig, aber machen wir uns nichts vor: Realpolitik bedeutet doch, wir können uns jetzt nicht hinsetzen und die 60 Milliarden, die jetzt im Klima- und Transformationsfonds fehlen, hier und da ein bisschen mit dem Rotstift einsparen. Das geht an die Substanz dieses Standortes und das können wir nicht bewerkstelligen. Deswegen müssen wir uns auch über andere Dinge unterhalten.

May: Aber wenn wir uns jetzt allein den Fonds angucken und die Ausgaben, die da angebracht waren, dann, sind wir ehrlich, ging es ja auch nicht immer nur um klassische Klimaschutz- beziehungsweise klassische Transformations-Energiewendeprojekte. Die zehn Milliarden Euro Subvention für eine Chipfabrik von Intel in Magdeburg zum Beispiel ist auch so ein gutes Thema. Ob das was mit Klimatransformation zu tun hat, darüber streiten sich die Gelehrten. Vielleicht ist der ganze Ansatz falsch?

Bayaz: Ja, ich glaube, Sie sprechen da was Wichtiges an. Zunächst einmal: Ob daraus jetzt Klimatechnologien oder andere Zukunftstechnologien wie Mikroelektronik bezahlt werden, ist ja nicht das, was das Verfassungsgericht moniert hat, sondern das Verfassungsgericht hat erst einmal moniert zu sagen, das sind Corona-Kredite, die umgewidmet wurden. An der Stelle will ich auch mal sagen: Das hat auch Auswirkungen für die Länder. Wir werden uns das auch genau anschauen. Ich kann aber klar für Baden-Württemberg sagen, unsere Aussage, die von mir und meines Ministerpräsidenten war immer, Corona-Kredite werden aufgewendet im Kampf gegen die Pandemie und für nichts Anderes. Und wenn Gelder übrig sein sollten, dann werden die zurückgeführt. Ich glaube, das wäre der saubere Weg gewesen.

May: Warum haben Sie das Robert Habeck nicht gesagt?

Bayaz: Es ist zunächst einmal die Verantwortung des Bundesfinanzministers. Deswegen heißt er auch Finanzminister.

May: Ja, gut. Aber das war ja im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Es haben ja alle gerne zugelangt.

Bayaz: Ich will keine Vergangenheitsbewältigung machen, aber lassen Sie mich dann schon eines sagen. Wenn eine Partei wie die FDP in die Koalition geht und sagt, die Schuldenbremse ist das wichtigste auf dieser Welt, und zweitens, Steuererhöhungen gehen gar nicht, und andere wollen aber auch was gestalten, was mit der Zukunft des Wirtschafts- und Industriestandortes zu tun hat, und jeder mit solchen Maximalforderungen schon in den ersten Verhandlungsrunden zusammenkommt, dann kommt am Ende so etwas dabei heraus. Das ist, glaube ich, ein Teil der Antworten, warum wir in der Situation sind, in der wir sind. Jeder hat irgendwie sein Gesicht wahren können und deswegen sage ich ja, ehrlichmachen wäre die richtige Antwort auf das Urteil in Karlsruhe, denn es ist doch irgendwie absurd, jeden Tag

die Schuldenbremse wie eine Monstranz vor sich herzuführen und gleichzeitig aus Sondervermögen Dinge herausnehmen, die aus dem Kernhaushalt finanziert werden müssen. Deswegen mein Plädoyer: Die Schuldenbremse muss evaluiert werden. Da braucht man übrigens verfassungsändernde Mehrheiten, Wie-Dritt-Mehrheiten.

May: Wo soll diese Mehrheit herkommen?

Bayaz: Deswegen wird das nicht morgen kommen, sondern ich glaube, wir sind jetzt einen Schritt weiter im Diskurs. Ich habe gesagt, viele Ökonominnen und Ökonomen schauen auf das Thema sehr differenziert, und ich glaube, alle Parteien, auch die CDU, die jetzt erst mal erfolgreich war – die hatten einen richtigen Riecher, so viel Respekt muss es an der Stelle absolut geben -, aber auch die CDU, die davon ja auch in den Ländern betroffen sein wird, hat eine staatspolitische Verantwortung, dass wir als demokratische Parteien uns jetzt darüber unterhalten, wie können wir die Schuldenbremse – und noch einmal: Sie soll nicht abgeschafft werden – so weiterentwickeln, dass wir Zukunftsinvestitionen bewerkstelligen können, dass wir die Bundeswehr gut ausstatten können, dass wir die Energieversorgung dieses Landes hinbekommen und auch noch Schulden tilgen.

May: Wenn Sie das noch einmal sagen, das ist für mich immer ein guter Zeitpunkt einzuhaken, guten Gewissens, weil ich weiß, Sie haben es schon gesagt.

Bayaz: Herr May, bitte haken Sie ein.

May: Eine letzte Frage will ich noch stellen. Glauben Sie, dass demnächst der Doppel-Wumms auch von Karlsruhe als verfassungswidrig erklärt wird, sprich die Gashilfen?

Bayaz: Der Weg von Stuttgart nach Karlsruhe ist immer nah, und trotzdem, ich bin kein Jurist, ich kann das nicht bewerkstelligen. Aber ich würde mal eines sagen: Das Urteil in Karlsruhe – und wir müssen es jetzt genau studieren – sollte uns zu denken geben, dass Sondervermögen, Doppel-Wumms, Bazookas und solche Instrumente, die wichtige Vorhaben sind, die ja nicht Einmalinvestitionen sind, sondern wirklich den Umbau dieser Industriegesellschaft in den nächsten Jahren, wenn nicht sogar Jahrzehnten begleiten sollen, dass die aus Kernhaushalten finanziert werden müssen, und deswegen sollten wir das sehr ernstnehmen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*